Am **Weltfriedenstag** *in Eberswalde*



Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Friedensaktivisten, die regelmäßig jeden zweiten Sonnabend an der Kreuzung Friedensbrücke (Ecke Bergerstraße/Breite Straße) für den Frieden demonstrieren, hatten zum Weltfriedenstag einen Aktionsstand auf dem Marktplatz in Eberswalde aufgebaut.

»Gnädigerweise wurde von der zuständigen Behörde, dem Tiefbauamt Eberswalde, eine Fläche von 2 x 2 Metern zugestanden, um zu gedenken und zu mahnen«, berichtet Organisator Eckhard Laurich. *»Zu mahnen, wovor? In Deutschland reden die Mächtigen und ihre Propaganda-Lakaien pausenlos vom bösen Russen. Das Volk wird vorbereitet auf den 3. Weltkrieg. Die kleine Gruppe der Eberswalder Friedensaktivisten sagt dazu NEIN! Nein, im Namen des Volkes, nein zu diesen Lügen!«*

Es reiche nicht, nur Wahlkreuze zu machen, rief er am Weltfriedenstag auf. *»Wer das erkennt, geht mit uns gemeinsam auf die Straße und zeigt Gesicht. Wir protestieren jeden zweiten Samstag gegen die Kriegspolitik einer handvoll Kriegstreiber im Bundestag.* ***Wir sind das Volk*** *und die Kriegstreiber im Bundestag werden von uns bezahlt. Sie vertreten aber nicht unsere Interessen, nicht unseren Friedenswillen. Also, worauf wartet ihr?«*



Fotos (2): Kornelia Lübke

Die Aktionen begannen bereits um 9 Uhr und währten bis zum Nachmittag. Erst gegen 15.30 Uhr waren die letzten Materialien eingepackt. Neben diversen Fahnen mit der Friedenstaube symbolisierten die Fahnen Rußlands, der Ukraine, Palästinas und Kubas den globalen Friedensanspruch, den die Aktivisten von der Friedensbrücke vertreten. Traditionell gab es auch einen kulturellen Beitrag vom IWUSCHKA-Chor.

Das Lied von der *»Kleinen weißen Friedenstaube«* mußte der Chor aufgrund der Forderungen des Publikums mehrfach wiederholen. Und es wurde von vielen kräftig mitgesungen. Dieses Lied sprach vielen aus dem Herzen. Die gasgefüllten Luftballons mit der Friedenstaube stießen vor allem bei den Kindern auf reges Interesse. Da zugleich am Dienstag Markttag war, wurden deutlich mehr Interessierte angelockt als an früheren Veranstaltungen ohne Wochenmarkt.

Pistorius setzt Zeichen für den Krieg

Ausgerechnet den 85. Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 2026 nutzte Kriegsminister Boris Pistorius (SPD!), um an diesem Tag die erste größere Übung der Bundeswehr-Panzerbrigade 45 im Osten Litauens – unweit der belorussischen Grenze – zu inspizieren.

Dem Beobachter klappen die Kinnladen runter angesichts solcher Dreistigkeit. Pistorius gilt im Vergleich mit seinen früheren und aktuellen Regierungskolleginnen und -kollegen als intellektuell gebildet und klug. Es darf somit unterstellt werden, daß der Mann weiß, was er da tut.

Schon, daß die Angriffsbrigade an einem so symbolträchtigen Tag Kriegsübungen abhält, mußte russischerseits als üble Provokation aufgefaßt werden. Dies durch die Ministeranwesenheit zum internationalen Medienereignis aufzuwerten, setzt dem die Krone auf. Dieser Kriegsminister will den Krieg mit Rußland.

GERDA HENKEL

Friedenskundgebung

Bernau (bbp-ber). Mehrere Dutzend Teilnehmer versammelten sich anläßlich des Weltfriedenstags am 5. September 2026 auf dem Bernauer Bahnhofsvorplatz nahe des Mahnmals der Opfer des Faschismus zu einer von der Stadtfraktion Die Linke organisierten Kundgebung. Wie zu erfahren war, befindet sich das am Platz nach 1989 umgelagerte Mahnmal in Landesbesitz und hat daher einen sehr langfristigen Bestand. Unter der Moderation von Martin Günther (Die Linke MdEP) wurde in mehreren Redebeiträgen gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die aktuell betriebene Hochrüstung, die Instrumentalisierung der Gesellschaft zum Zwecke einer allgemeinen Militarisierung, für den Verzicht auf Atomwaffen und atomarer Waffenlagerung auf deutschem Boden sowie für mehr Diplomatie im Zusammenleben der europäischen Völker apelliert.

Dr. Hildegard Bossmann (Stadtfraktion Die Linke Bernau) verlas die Einstufung von Christoph von Lieven (ICAN Deutschland) zum Antikriegstag über die haltlosen deutschen Wünsche zum Zugriff auf Atomwaffen.

Marek Lipp (Jugendpolitischer Sprecher und Stellvertretender Landesvorsitzender Die Linke Brandenburg und Landessprecherrat der Jugendorganisation Solid Brandenburg) wandte sich leidenschaftlich gegen die Restaurierung eines Systems von Wehrdienst und Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Daniel Olschewski (freier Journalist und Referent bei der Bundestagsfraktion Die Linke) wandte seinen Appell gegen die Instrumentalisierung der Gesellschaft zum Zwecke eines Krieges.

Rainer Schulz verlas einen Aufruf der Polisario-Front wegen der rechtswidrig vom Königreich Marokko seit über zehn Jahren besetzt gehaltenen Westsahara. Die Initiative zur Erlangung einer echten Unabhängigkeit der Sahrauis agiert mit dem Slogan *»kein Frieden ohne Selbstbestimmung«*.

In einer leidenschaftlichen Rede zeigte Martin Günther Zusammenhänge zwischen dem uns gefährdenden Klimawandel und dem Aufrüstungskurs der NATO auf.

Zur Schlußszene verbanden sich bei Musik von John Lennon *»Imagine«* (1971) die Teilnehmer der Kundgebung zu einem Aufstellungskreis mit dem Peace-Zeichen der Ostermarschbewegung. Desweiteren ertönte Musik der Puhdys *»Das Buch«* (1984) sowie John Lennons *»Give Peace A Chance«* (1969). Die zum Kreis der Kommunalvereinigung *»Major-for-Peace«* gehörende Stadt Bernau war diesmal verwaltungsseitig nicht präsent.

Die Redebeiträge auf der Veranstaltung von Dr. Hildegard Bossmann, Daniel Olschewski, Rainer Schulz und Martin Günther sind in dieser Ausgabe auf den Seiten 4 bis 7 abgedruckt.

ICAN: Nie wieder Atomwaffen!

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Friedensbewegte, am 1. September 1939 überfiel Deutschland Polen. Es begann ein Krieg, der Europa verwüstete, mehr als 100 Millionen Menschen das Leben kostete und in dessen Verlauf Deutschland einen beispiellosen Vernichtungs- und Eroberungskrieg führte, in dessen Verlauf allein mehr als 27 Millionen Einwohnerinnen und einwohner der damaligen Sowjetunion getötet wurden.

Aus dieser Geschichte entstand ein Versprechen: Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus. Heute müssen wir uns fragen, was von diesem Versprechen geblieben ist. Es steht im *»2plus4-Vertrag«* von 1990 zur Wiedervereinigung: Von deutschem Boden soll nur noch Frieden ausgehen!

Aber Deutschland rüstet auf wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Hunderte Milliarden Euro werden für Militär und Rüstung mobilisiert. Wir sollen wieder *»kriegstüchtig«* werden. Und gleichzeitig kehren Atomwaffen immer stärker in die deutsche und europäische Sicherheitspolitik zurück.

Weltweit existieren mehr als 12.000 Atomwaffen, Tausende davon sind in Alarmbereitschaft und können innerhalb von Minuten eingesetzt werden. Deutschland ist Teil dieses atomaren Systems, denn in Büchel lagern amerikanische Atomwaffen. Deutsche Soldatinnen und Soldaten trainieren ihren Einsatz und würden ihn auf Befehl des amerikanischen Präsidenten durchführen. Obwohl selbst das Bundesjustizministerium schreibt: *»Der Einsatz von Atomwaffen wäre ein Kriegsverbrechen!«* Deutschland kauft für mehr als 10 Milliarden Euro F-35-Kampfflugzeuge, die diese Atomwaffen im Kriegsfall ins Ziel tragen können. Der Standort Büchel wird für Milliarden modernisiert.

Und dabei müssen wir über etwas sprechen, worüber erstaunlich wenig gesprochen wird: Falsche Geheimhaltung. Die Vereinbarungen und Absprachen, auf deren Grundlage amerikanische Atomwaffen in Deutschland stationiert sind und eingesetzt werden sollen, sind geheim. Die Bundesregierung macht unter Berufung auf diese Geheimhaltung innerhalb der NATO nicht einmal vollständige Angaben darüber, wie viele Atomwaffen sich in Deutschland befinden. Auch nicht darüber, wie damit umgegangen werden soll, wie die Befehlskette aussieht. Wir reden also über Waffen, die innerhalb von Minuten Hunderttausende Menschen töten können, über Waffen, deren Einsatz einen globalen Atomkrieg auslösen könnte. Und wir, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, dürfen wesentliche Fakten darüber nicht erfahren. Das ist nicht nur ein friedenspolitisches Problem. Das ist ein demokratisches Problem, das berechtigtes Mißtrauen schafft. Denn Demokratie braucht Öffentlichkeit.

Demokratie braucht Kontrolle. Demokratie braucht informierte Bürgerinnen und Bürger. Gerade Entscheidungen über Krieg und Frieden und über die tödliche Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen dürfen nicht in einem Bereich stattfinden, der der gesellschaftlichen Kontrolle weitgehend entzogen wird. Wir müssen über Deutschland selbst sprechen. Deutschland besitzt keine eigenen Atomwaffen, aber verfügt über waffenfähiges Uran, über Plutonium, das KnowHow, die industrielle Infrastruktur, die technischen Fähigkeiten und die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines hochentwickelten Industriestaates. Deutschland hat alle wesentlichen Voraussetzungen, selbst Atomwaffen zu entwickeln.

Aber die Geschichte von zwei Weltkriegen zeigt auch: Deutschland sollte nie wieder in der Lage sein, andere zu bedrohen, zu überfallen und massenhaft Menschen umzubringen! Gerade deshalb ist es so wichtig, daß Deutschland keine Atomwaffen hat. Gar keine, nicht eigene und auch nicht die anderer Länder. Und gerade deshalb müssen wir alarmiert sein, wenn heute wieder darüber diskutiert wird, ob Deutschland stärker an einer europäischen Atombombe oder einer europäischen nuklearen Abschreckung beteiligt werden sollte, denn es gibt noch einen Punkt, der viel zu wenig bekannt ist:

Bei der Entstehung des Atomwaffensperrvertrages wurde innerhalb der NATO eine Interpretation festgehalten, nach der der Vertrag im Falle eines allgemeinen Krieges seine kontrollierende Bedeutung verliert. Die damalige Bundesregierung hat eine Zusatzerklärung abgegeben, daß im Falle der *»Gefährdung höchster Interessen«* dieser Vertrag nicht gilt.

Das bedeutet: Ausgerechnet für den gefährlichsten denkbaren Moment – den Krieg – wurde eine Hintertür offengehalten. Genau dann, wenn die Regeln am wichtigsten wären. Genau dann, wenn politische Entscheidungen unter maximalem Zeitdruck getroffen werden. Genau dann, wenn Angst, Fehleinschätzungen und Eskalation die größte Gefahr darstellen. Das muß uns beunruhigen. Denn gleichzeitig erleben wir eine politische und sprachliche Militarisierung unserer Gesellschaft.

Wir sollen *»kriegstüchtig«* werden. Schulen sollen sich mit Kriegsszenarien beschäftigen. Krankenhäuser sollen sich auf militärische Konflikte vorbereiten. Infrastruktur wird unter militärischen Gesichtspunkten betrachtet. Und immer größere Teile staatlicher Politik werden auf einen möglichen Krieg ausgerichtet. Eine Gesellschaft, die permanent auf Krieg vorbereitet wird, verändert sich. Und das gefährdet auch unsere Demokratie.

Aufrüstung braucht Feindbilder, braucht Angst. Aufrüstung braucht Geheimhaltung. Und Aufrüstung beansprucht enorme gesellschaftliche Ressourcen. Wenn gleichzeitig Schulen verfallen, bezahlbare Wohnungen fehlen, Kommunen sparen müssen und Krankenhäuser unter Druck stehen, während für Rüstung plötzlich nahezu unbegrenzte Mittel verfügbar sind, dann gefährdet das den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und davon profitieren diejenigen, die unsere Demokratie zerstören wollen.



FOTO: THOMAS TÖBLER

Appell gegen amtomare Aufrüstung von Dr. Hildedgard Bossmann auf der Kundgebung in Bernau.

Die Faschisten werden stark, wenn Menschen Angst haben. Sie werden stark, wenn Gesellschaften auseinanderbrechen. Sie werden stark, wenn Menschen das Vertrauen verlieren, daß demokratische Politik ihr Leben verbessern kann. Sie werden stark, wenn Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen werden. Und deshalb gehören die beiden Forderungen des Antikriegstages untrennbar zusammen: ***»Nie wieder Krieg«***. Und: ***»Nie wieder Faschismus«***.

Wer den Faschismus bekämpfen will, muß deshalb auch für eine Gesellschaft kämpfen, in der soziale Sicherheit, demokratische Beteiligung und Frieden wichtiger sind als immer neue Waffen. Und dabei darf es keine doppelten Standards geben. Alle Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen. Und jede Übung für den Einsatz von Atomwaffen ist eine Drohung an potentielle Gegner, auch die jedes Jahr stattfindenden Steadfast Noon Übungen. Die neuen Übungen mit französischen Atomwaffenbombern. Die russischen und chinesischen Übungen. Die latente Drohung der israelischen Regierung mit Atomwaffen gegenüber Iran.

Wir akzeptieren nicht die atomare Aufrüstung der NATO und auch nicht die anderer Staaten. Die Antwort auf die Gefahr eines Atomkrieges kann nicht darin bestehen, noch mehr Atomwaffen bereitzuhalten, denn wenn jede Aufrüstung der einen Seite die Aufrüstung der anderen rechtfertigt, drehen wir uns in einer Spirale, die irgendwann außer Kontrolle geraten kann. Das nennt sich Sicherheitsdilemma.

Deshalb fordert ICAN:

- Keine neuen Atomwaffen in Deutschland.
- Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Büchel.
- Keine deutsche Atombombe.
- Beendigung der nuklearen Teilhabe.
- Keine weitere nukleare Aufrüstung.
- Deutschland muß dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.

Wir stehen vor einer politischen Entscheidung: Wollen wir Milliarden investieren, um uns auf einen Krieg vorzubereiten, den niemand gewinnen kann? Den alle verlieren? Oder investieren wir unsere politische Kraft endlich wieder darin, diesen Krieg zu verhindern?

Friedenspolitik ist eine Stärke, Aufrüstung ist Naivität. Wohin das führt, haben wir oft genug gesehen. Und – Diplomatie ist kein Verrat! Wir brauchen eine Gesellschaft, die nicht kriegstüchtig gemacht wird, sondern friedensfähig bleibt. Nie wieder Atomwaffen - nie wieder Kriegstüchtig – weder in Deutschland noch irgendwo sonst!

DR. HILDEGARD BOSSMANN

Aus dem Redebeitrag von Christoph von Lieven, ICAN Deutschland zum Antikriegstag am 1. September 2026 in Berlin, redaktionell gekürzt.

Kriegsvorbereitungen

Liebe Freundinnen und Freunde, die Kriegsvorbereitungen im Lande sind in vollem Gange und werden nicht einmal mehr verheimlicht. Generäle geben Auskunft im Fernsehen, die Presse ist voll von Artikeln und es wird öffentlich und großräumig sichtbar *»geübt«*. Die Bundeswehr schickt ihre Landeskommandos in die Länder, Kreise und Kommunen, spricht mit Grundstücksbesitzern und Lebensmittellieferanten, Tankstellenbetreibern und Krankenhausleitungen. All das ist keine Zusammenarbeit – das ist die Instrumentalisierung zivilgesellschaftlicher Strukturen für Kriegszwecke. All das gefährdet uns alle. All das gefährdet uns schon jetzt. Wer so offen ankündigt, Zivilgesellschaft in militärische Handlungen involvieren zu wollen, macht sie schon jetzt zu einem Teil der Kriegsführung, macht sie quasi zu Kombattanten und damit zum Ziel von Anschlägen und Sabotage!

Liebe Freundinnen und Freunde, die Kriegsvorbereitungen sind in vollem Gange und sie werden verklärt. Die konkreten Pläne zur Ausführung werden verheimlicht. Abgeordnete im Bundestag erhalten bestenfalls bruchstückhaft Informationen darüber, welche Aktivitäten der Militärs sie als nächstes billigen sollen. Der Anschein der Parlamentsarmee soll gewahrt werden, während einmal mehr in der deutschen Geschichte ein Parlament zusehends zum Abnick-Verein für die Interessen der Regierung degradiert wird!

Auch zum Lagebild im Land sind alle Informationen fest in Regierungshand. Erst, seit es Friedrich Merz vor Wahlen opportun erscheint, gibt es Informationen zur genauen Anzahl von Drohnenvorfällen im Land. Informationen, zu denen Parlamentarier bislang zwar fragen konnten, aber sofort eine Gefährdung des Staatswohls vorgeworfen bekamen und keine Antworten erhielten.

Als ehemaliger Offizier sage ich: Was das Militär im Rahmen der sogenannten *»Zivilmilitärischen Zusammenarbeit«* vorbereitet, kann und wird nicht funktionieren.

Das Militär will Straßen und Schienen für den Transport von Soldaten und Waffen benutzen, Infrastruktur, die schon heute niemand mehr angreifen muß, weil sie ohnehin kurz vor dem Kollaps steht. Das Militär will Krankenhäusern und Apotheken abringen – im Kriegsfall, der angeblich in Deutschland keiner sein soll – die Bevölkerung nicht mehr zu versorgen, sondern priorisiert verwundete Soldaten, also denselben Krankenhäusern, die schon weit jenseits der zumutbaren Belastungsgrenze arbeiten, sollen Zusatzaufgaben auferlegt werden! Nicht anders bei den Apotheken, von denen immer mehr schließen. Und wer sich gegen diesen Kurs



Foto: Thomas Tobler

Daniel Olschewski spricht am 5. September auf dem Bernauer Bahnhofsvorplatz über die aktuellen Kriegsvorbereitungen.

stellt, soll mit mehr Überwachung und angepaßten Gesetzen bekämpft werden. Die Wunschliste vom Verfassungsschutz liegt den Forderungen des Militärs längst bei.

All das hat System und folgt derselben Realitätsverweigerung, die in der Bundesregierung vorherrscht. Was für ein Wahn! Was für ein Irrsinn!

1,2 Milliarden Überstunden werden geleistet und der Kanzler beschimpft die Menschen im Land als faul! Leistung soll sich wieder lohnen, meint die CDU und instrumentalisiert trotzdem Menschen in schlecht oder gar unbezahlter Arbeit in der Pflege und im Katastrophenschutz der Länder, der dann auch noch Zivilschutz werden soll.

Doch im Katastrophenschutz sieht es nicht besser aus als in Krankenhäusern, Apotheken und der restlichen kaputt gesparten zivilen Infrastruktur im Land. Und doch läßt wieder einmal die Geldgier der Reichen die angezettelten Kriege zusehends zum Alltag werden. Treffen werden diese Aktivitäten einmal mehr die Hilfsbedürftigen und Schwachen in der Gesellschaft, die schon jetzt immer weniger Unterstützung erhalten. Den Blutzoll zahlen Menschen aus den finanziell ärmeren Schichten der Gesellschaft, die sich dem Militärdienst wesentlich schwerer entziehen können, als die reichen Kinder der Kriegsprofiteure, die Aktiengewinne mit Kriegen machen, in die sie und ihre Familien selbst nie ziehen würden!

Und genau deshalb muß es auch in diesem Jahrhundert heißen: **Die Waffen nieder!**

DANIEL OLSCHEWSKI

Westsahara:

Kein Frieden ohne Selbstbestimmung

Wir versammeln uns heute am Internationalen Friedenstag hier in Bernau, um unsere Stimme für Frieden und gegen den Krieg zu erheben – und um über die Opfer des Krieges, den Kolonialismus und über das Schweigen zu reden.
Eines dieser Opfer sind die Sahrauis, die Ureinwohner der Westsahare, die seit fünfzig Jahren auf eines ihrer elementarsten Rechte warten: Das Recht auf Selbstbestimmung.

Die Westsahara gilt bis heute als letzte Kolonie Afrikas. Marokko besetzt seit Ende 1975 einen Großteil der Westsahara rechtswidrig. Die Westsahara-Frage ist eine Frage der Entkolonialisierung, die durch die Resolutionen der Vereinten Nationen geregelt wird. Marokko hat alle Versuche eines Dialogs oder von Konsultationen, die zu Frieden führen könnten, behindert und behindert sie weiterhin, da es ihm an politischem Willen mangelt, auf eine friedliche und gerechte Lösung hinzuarbeiten, die das Recht des saharauischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit durch ein freies, faires und transparentes Referendum ohne jeglichen administrativen oder militärischen Zwang unter der Schirmherrschaft der UNO gewährleistet. Die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bildet die Grundlage für dauerhaften Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Welt. Nichtregierungsorganisationen spielen eine entscheidende Rolle bei der Frühwarnung, der Konfliktprävention, der Mediation und der Friedenskonsolidierung. Ich sage es klar und deutlich: Einen dauerhaften und gerechten Frieden in der Westsahara wird es nur geben, wenn das Recht des saharauischen Volkes auf freie Selbstbestimmung respektiert wird – ein Recht, das im Völkerrecht verankert ist und das die UNO selbst anerkennen, indem sie das Gebiet bis heute als nicht selbstverwaltetes Territorium mit ausstehender Entkolonialisierung führen.

Doch dieses Recht stößt Jahr für Jahr auf eine internationale Politik der Beschwichtigung und des Wegschauens gegenüber der marokkanischen Besatzung. Wirtschaftliche und geopolitische Interessen werden über die Rechte eines ganzen Volkes gestellt. Ein Konflikt wird verwaltet statt gelöst – während zehntausende Geflüchtete seit Jahrzehnten in den Lagern von Tindouf ausharren und tausende saharauische Familien durch eine der längsten verminten Militärmauern der Welt voneinander getrennt sind. Wir tragen heute eine reale, tiefe Angst in uns. Die Geschichte der »*eingefrorenen Konflikte*« hat uns eine bittere Lehre erteilt: Wird ein Volk unter Besatzung ohne echte Kontrolle und Rechenschaftspflicht sich selbst überlassen, wird internationales Schweigen zur Regel statt zur Ausnahme und öffnet die Tür für die schlimmsten Verbrechen.

Wir haben es in Gaza gesehen, wir haben es im Sudan gesehen: Konflikte, die man einfrieren und vergessen ließ, bis sie zu Schauplätzen von Kriegsverbrechen und Völkermord wurden. Seit November 2020 ist der bewaffnete Kampf wieder Teil der Realität, als die marokkanische Armee den fast dreißig Jahre währenden Waffenstillstand brach und in die Pufferzone von Guerguerat einmarschierte. Die Sahrauis sind ein friedliebendes Volk, das lange auf die Vereinten Nationen und das Gewissen der Welt gesetzt hat. Aber es ist ein Volk, das sich nicht mit Erniedrigung abfindet. Als sich alle Türen zu einer friedlichen Lösung verschlossen, sah es sich gezwungen, seine Würde mit den Mitteln zu verteidigen, die ihm noch geblieben sind. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen einem Volk, das den Krieg wählt, und einem Volk, dem der Widerstand aufgezwungen wird, weil ihm jeder andere Weg versperrt wurde.

Und dennoch hat die »*Polisario-Front*« nie aufgehört, eine gerechte politische Lösung zu suchen. Seit Anfang dieses Jahres gab es mehrere Runden indirekter Gespräche zwischen Marokko und der Polisario, vermittelt von den Vereinten Nationen und den USA, zunächst in Madrid, dann in Washington. In jeder Runde hat die Polisario-Front ihre klare Position bekräftigt. Das Beharren auf ein freies und faires Referendum zur Selbstbestimmung trotz allen Drucks, das Gebiet unter marokkanischer Besatzung zu belassen, ist der beste Beweis dafür, daß das saharauische Volk weiterhin Frieden will. Aber es geht um einen Frieden, der auf Gerechtigkeit beruht, nicht auf Unterwerfung, der sich auf dem Völkerrecht gründet, nicht auf Machtverhältnissen.

Als progressive Befreiungsbewegung können wir keinen Frieden akzeptieren, der auf Kosten der Opfer geschlossen wird. Wahrer Frieden ist kein Schweigen, das den Besetzern auferlegt ist, sondern Gerechtigkeit, die dem Besatzer abgerungen wird.

Deshalb fordern wir heute:

1. *Ein Ende der internationalen Politik des Schweigens und der Beschwichtigung gegenüber der marokkanischen Besatzung der Westsahara.*
2. *Unterstützung für einen ernsthaften UN-geführten Prozeß, der zu einem freien und fairen Selbstbestimmungsreferendum führt - statt zu einer aufgezwungenen Regelung, die vollendete Tatsachen zementiert.*
3. *Schutz der saharauischen Zivilbevölkerung und Öffnung des Gebiets für internationale Beobachter und Menschenrechtsorganisationen, um jeder Eskalation vorzubeugen.*
4. *Echte europäische und deutsche Solidarität, die sich nicht mit Erklärungen begnügt, sondern realen diplomatischen und wirtschaftlichen Druck für Gerechtigkeit ausübt.*

Von hier aus sagen wir: Es gibt keinen wahren Frieden ohne Freiheit, und keine Freiheit ohne Selbstbestimmung. Die Stimme der Westsahara wird weiter erklingen, bis die letzte Mauer der Kolonialisierung in Afrika fällt. Es lebe ein Frieden, der auf Gerechtigkeit gründet. Das saharauische Volk braucht eure Solidarität!

RAINER SCHULZ

Polisario-Front, redaktionell gekürzt



Bild: Western Sahara CC BY-SA 2.0 via Wikimedia Commons

Am 12. Juni 2026 wurde in der Westsahara das jüngste Mitglied des Sekretariats der Frente Polisario, Lahbib Mohamed Abdelaziz und zwei weitere Mitglieder der Widerstandsorganisation des saharauischen Volkes durch einen Drohnenangriff marokkanischer Besatzungstruppen getötet. Der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) verurteilte dies in einer entsprechenden Stellungnahme scharf.

Die Aufrüstungsspirale schadet auch unserem Klima:

Ohne Frieden ist alles nichts



FOTO: THOMAS TOBLER

Teilnehmer der Bernauer Friedenskundgebung bildeten zum Abschluß eine körperliche Aufstellung zum Peace-Zeichen der Ostermarschbewegung von 1969

16.000 Menschen starben allein in Deutschland. Die wirtschaftlichen Schäden summieren sich auf bis zu 42 Milliarden Euro. Das sind Ergebnisse weniger Monate.

Ich spreche hierbei von den Folgen des Hitzesommers in Deutschland dieses Jahr. Extremwetterereignisse sind keine Ausnahme mehr. Letztes Jahr brannten von Zypern bis Finnland überall Wälder, in der EU mehr als eine Million Hektar. Um nur ein weiteres Beispiel zu Europa zu nennen. Hitze, Überflutungen, Orkane etc. nehmen weltweit zu – mit oftmals tödlichen Folgen. Schuld an der Zunahme dieser Extremwetterereignisse ist der menschengemachte Klimawandel. Der Klimawandel ist eine direkte Bedrohung für den Frieden und kann bestehende Konflikte anheizen und neue entstehen lassen. Schon heute werden Ressourcen wie Wasser, fruchtbares Land und schlicht bewohnbares Land durch den Klimawandel bedroht.

Man braucht kein Hellseher zu sein, um zu sehen, dass eine zunehmende Knappheit Konflikte und letztlich auch Kriege anheizen wird. Jedes Grad Klimaerwärmung, was wir noch verhindern können, ist ein Beitrag, Frieden zu sichern und neue Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, daß jede und jeder, der heute für Frieden eintritt, sich auch für Klimaschutz einsetzen sollte.

Doch es gibt noch weitere Zusammenhänge zwischen Klima und Krieg. Neben den unmittelbar tödlichen und zerstörerischen Folgen, die jeder Krieg mit sich bringt, haben Kriege auch eine Auswirkung auf die menschengemachten Emissionen. Schätzungsweise wurden bisher im Krieg Rußlands in der Ukraine mehr als 300 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente verbraucht.

Zum Vergleich: Das ist fast die Hälfte der Emissionen Deutschlands im letzten Jahr. Und das ist nur einer der Kriege weltweit, die wir in den letzten Jahren sehen mußten. Nein, wir haben kein zusätzliches Argument gebraucht, um uns für Frieden – egal wo – einzusetzen. Aber ja, auch dies ist ein Argument für mehr Frieden und die sofortige Beendigung aller Kriege.

Doch es muß noch nicht mal zum Krieg kommen. Selbst das Militär an sich trägt nicht unwesentlich zum Klimawandel bei. Eine einzige Übungsstunde mit einem F-15-Kampfjet emittiert rund 17 Tonnen Kohlendioxid. Das entspricht den jährlichen durchschnittlichen Emissionen von gleich drei EU-Bürgern. Schätzungen gehen davon aus, daß das Militär für 5,5 Prozent aller weltweiten Emissionen verantwortlich ist. Verglichen mit den Staaten wäre es der viertgrößte Emittent der Welt. Dabei sind die Schätzungen eher ein absolutes Minimum.

Wen verwundert das? Militärische Emissionen sind nicht einfach von der Berichtspflicht ausgenommen, sondern die Länder sind nicht verpflichtet, sie separat zu erfassen und aufzuschlüsseln. Auf eine Anfrage meinerseits in der EU nannte die Hohe Vertreterin Kaja Kallas in ihrer Antwort weder einen konkreten Mechanismus zur Einbeziehung der Militär-Emissionen in die Nationalen Klimaschutzpläne der EU, noch ging sie direkt auf die Frage ein, ob eine Lücke bei der Erfassung der militärischen Emissionen in der EU besteht.

Und die Aufrüstungsspirale dreht sich weiter. Die Militärausgaben der EU steigen in beispiellosem Tempo: Die Mitgliedstaaten gaben im Jahr 2025 für Rüstung 418 Milliarden Euro aus, was einem Anstieg von zwanzig Prozent innerhalb eines Jahres entspricht. Und die sogenannte »*Europäische Verteidigungsagentur*« prognostiziert für 2026 454 Milliarden Euro. Das wären rund 75 Prozent mehr als im Jahr 2021. Der Plan »*ReArm Europe/Readiness 2030*« der Kommission zielt darauf ab, zusätzliche Militärausgaben in Höhe von bis zu 800 Milliarden Euro zu mobilisieren. Eine Studie kommt zu dem Ergebnis, daß ein Anstieg der Militärausgaben um einen Prozentpunkt im Verhältnis zum Index des Bruttoinlandsprodukts mit einem Anstieg der gesamten Treibhausgasemissionen um 0,9 bis 2 Prozent einhergeht. Der derzeitige Aufrüstungskurs der NATO könnte so jährlich zusätzliche Emissionen in Höhe von bis zu 218 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid-Äquivalente verursachen. Dies entspricht etwa einem Drittel der gesamten jährlichen Emissionen Deutschlands.

Haben wir noch ein weiteres Argument für weltweite Abrüstung statt einer Rüstungsspirale gebraucht? Vielleicht nicht, aber die Klimafolgen der Aufrüstung sind definitiv ein Argument. Ich persönlich glaube ja nicht an das Konzept von militärischer Abschreckung, und daß uns dies nur ein µ mehr Sicherheit oder Frieden bringt. Doch stellen wir dies mal zur Seite.

Eines muß klar sein: Aufrüstung führt zu mehr Klimawandel, führt zu mehr Extremwetterereignissen, führt zu mehr Toten und Zerstörung, inklusive neuer Kriege. Aufrüstung bedeutet also mittels Klimawandel mehr Tote und Zerstörung, selbst wenn es nicht zu unmittelbaren militärischen Auseinandersetzungen kommt. Das ist die Realität, mit der wir konfrontiert sind. In diesem Sinne laßt uns weiter für die Beendigung aller Kriege, für Frieden und Abrüstung einstehen. Ohne Frieden ist alles nichts – das gilt auch für unser Klima.

MARTIN GÜNTHER

Rede zur Kundgebung am 5. September in Bernau anläßlich des Weltfriedenstages (redaktionell gekürzt). Siehe auch hier: t.ly/rT3uJ



50 Jahre Brandenburgisches Viertel:

Ein Kiez sucht seine alten Fotos

Das Brandenburgische Viertel wird 2027 fünfzig Jahre alt: Der Grundstein wurde im Juli 1977 gelegt, gebaut wurde bis 1989, und wer damals eingezogen ist, hat fotografiert: die Baustelle vor dem Fenster, den ersten Abend in der neuen Wohnung, die Kaufhalle, den »Specht«, den Obus, die Kinder auf dem Spielplatz, das Fest im Hof. Diese Bilder liegen heute in Schubladen und Alben, oft längst nicht mehr im Viertel.

Der gemeinnützige Verein excoursio e.V. bereitet zum Jubiläum eine Bilder-Rallye durch das Viertel vor: An fünfzehn Stationen zeigt ein altes Foto den Ort von damals, und gesucht wird der Ort von heute. Dafür suchen wir private Aufnahmen aus den Jahren 1978 bis 1995 und die Geschichten, die dazugehören. Wer ein Bild hat, bekommt es gescannt und sofort zurück. Veröffentlicht wird nur, was die Besitzerin oder der Besitzer ausdrücklich freigibt, mit oder ohne Namen, ganz nach Wunsch.

Gesucht sind auch Menschen, die von damals erzählen möchten. Wer mag, meldet sich einfach.

TIM VELES

Telefon: 0162/8450255, eMail: tim.veles@excours.io oder via MAXE-Redaktion (redaktionsbuero@maxe-eberswalde.de, Kiezmagazin MAXE, c/o Barnimer Bürgerpost e.V., Prenzlauer Straße 19, Eberswalde).

Anzeige



Die Eberswalder Friedensaktivisten rufen auf:

Macht mit - zeigt Haltung

Jeden 2. Samstag um 10 Uhr an der Friedensbrücke in Eberswalde. Das nächste Mal am 10. Oktober 2026 (danach 24. Oktober, usw.).

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ❑ eine Ausgabe zur kostenlosen Probe
- ❑ Normalabonnement (1 Jahr: 9 Euro)
- ❑ ermäßigtes Abonnement (1 Jahr: 3 Euro)
- ❑ Förderabonnement (1 Jahr: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ❑ Förderabonnement »Gold« (1 Jahr: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Die mit Ende eines Probeabos versendete Rechnung gilt als Angebot.

Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle ❑ per Lastschrift ❑ per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift

❑ Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

❑ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: *Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (oder per Telefon: 03334/356542 oder eMail an: abo@barnimer-buergerpost.de)*

Was ist die BBP?

Als sich 1995 der Barnimer Bürgerpost e.V. gründete, formulierten wir als Satzungszweck, uns *»aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim zu beteiligen und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern«*. Unsere Zeitung sollte und soll der Kommunikation dienen. Eine Zeitung der Leserinnen und Leser. Nicht von kommerziellen Interessen eines Verlages bestimmt oder abhängig vom Wohlwollen einzelner Anzeigenkunden oder Geldgeber.

Mit dem Verein konnten wir einige organisatorische Bedingungen schaffen. Er garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion und bildet den Organisationsrahmen. Die Inhalte der Barnimer Bürgerpost werden entsprechend den Publizistischen Grundsätzen von unseren Lesern bestimmt. Die Barnimer Bürgerpost stellt darüber hinaus eine Art soziales Experiment dar, das über die Warenproduktion als bestimmende Form menschlicher Tätigkeit hinausweist.

Die materielle Hülle trägt Warencharakter. Papier, Druck und Verteilung müssen bezahlt werden. Die BBP muß also wie jede andere Zeitung verkauft werden. Die Akzeptanz des Warencharakters der *»materiellen Hülle«* ist Möglichkeit und Bedingung für die inhaltliche Unabhängigkeit. Unsere Autorinnen und Autoren nutzen die angebotene Warenhülle, um sich mit ihren Texten selbst zu verwirklichen und den anderen ihre Information, ihr Wissen, ihre Meinungen zur Verfügung zu stellen. Ähnliches gilt für die ehrenamtliche Redaktions- und Verteiltätigkeit. Als Gratisgegenleistung genießen sie wie alle anderen, die die BBP lediglich passiv nutzen, die Produkte der Selbstentfaltung der anderen.

Klar, manchmal reiben sie sich auch daran, was aber auch nicht schlecht ist.

impressum

***heraus*geber:** Barnimer Bürgerpost e.V.
***an*schrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
***tele*fon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)
***e*Mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de
***inter*net:** www.barnimer-buergerpost.de
***redak*tion:** G. Markmann (viSdP), T. Tobler, S. Weller
***drucker*ei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
***redaktions*schluß:** 21. September 2026

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODEBB. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (1 Jahr): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 30. November 2026.